



Rede zu TOP 10 der Ratssitzung vom 15. März 2018

HSP-Maßnahme M 125 Strategische Ressourcenoptimierung

Hier: Rathausanbau am Standort Cronenberger Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Gäste zu Hause und im Internet!

Ich gehe hier nur auf den Aspekt eines Mobilitätskonzeptes der Stadt für den Standort Rathaus ein.

Zu den dort heute arbeitenden 635 Mitarbeiter*innen sollen **185** hinzukommen. Für diese 185 MitarbeiterInnen sollen **122 neu zu errichtende Arbeitsplätze** entstehen. Zugleich werden **ca. 20-25 vorhandene Stellplätze** mit dem neuen Gebäude überbaut.

Die bisherigen Aussagen der Verwaltung zur Frage des Stellplatznachweises für die 122 zusätzlichen Arbeitsplätze sind: Der Stellplatznachweis erfolge auf dem vorhandenen Parkplatz am Rathaus, da dieser bisher nicht für einen Stellplatznachweis benötigt würde. Die zusätzliche Frage nach einem Ersatz der 20-25 entfallenden Stellplätze beantwortet die Verwaltung bisher mit einem Verweis auf die vorhandenen Stellplätze am Theater.

Dies schafft jedoch keine Lösung für die Probleme der Nordstadtanwohner*innen und Nordstadt-Händler. Diese beklagen, dass schon heute die vorhandenen Stellplätze für Anwohner und Kunden auch von Verwaltungsmitarbeitern beparkt werden. Sie beklagen ebenfalls, dass sich dieses Problem mit der Bewirtschaftung des Theaterparkplatzes, dem Bau der Kita am Rathaus und der Umgestaltung der Potsdamer Straße schon verschärft hat.

Ein weiterer Aspekt ist der Ersatz für den Sitzungssaal 102, der heute ca. 150 m² groß ist, durch einen neuen, mit ca. 250 m² deutlich größeren Sitzungssaal. Die hier dann häufiger stattfindenden Ausschusssitzungen bringen zusätzlich eine stärkere Frequenz durch Kommunalpolitiker*innen und Besucher*innen in den Rathausbereich.

Die Stadt Solingen hat einiges an Geld in die Hand genommen, um das benachteiligte Soziale Stadt Quartier Nordstadt für die Anwohner*innen und den gefährdeten Einzelhandel aufzuwerten. Wir meinen, falls ein Rathaus-Anbau entstehen sollte, muss dies so geschehen, dass nicht noch zusätzliche Probleme bereitet werden.

Bündnis 90/die Grünen-offene Liste halten deshalb ein Mobilitätskonzept für den gesamten Verwaltungsstandort am Rathaus in Mitte mit künftig wohl 820 Mitarbeiter*innen für dringend geboten. Wir begrüßen es, dass unser Antrag dazu hier heute von vielen anderen Fraktionen unterstützt wird. Er beinhaltet, die Nutzung der Mobilitätsformen des Umweltverbundes aus Bus, Bahn, Radverkehr und Carsharing durch die Rathaus-Mitarbeiter*innen stärker zu unterstützen und dabei zu prüfen, wie z.B. Firmentickets und die sichere Unterstellung von Fahrrädern und Pedelecs stärker gefördert werden können.

Im VRR gibt es z.B. bei den Firmentickets das 100/100 Modell mit einer Preisreduzierung um ca. 38% gegenüber einer vergleichbaren Monatskarte im Abo. Dieses beinhaltet eine Abnahme der Tickets durch den Arbeitgeber für alle Mitarbeiter. Derartige Firmentickets würden die Nutzung von Bus und Bahn viel stärker fördern als das bisher nur von einzelnen Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung genutzte Großkudenticket, das höchstens 12%-Rabatt bietet.

Dazu müsste die Stadt einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gehen und die Nutzung des ÖPNVs durch die Abnahme der Tickets und den Weiterverkauf an die Mitarbeiter*innen fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Dieselskandal hat es aktuell nochmals verdeutlicht: Wir müssen im Verkehrsbereich umdenken, die Nutzung von Bus-, Bahn, des Umweltverbundes insgesamt attraktiver machen, wenn wir die Quartiere stärken und lebenswerter gestalten wollen!

Vielen Dank!

.